

Initiative: Warum ohne SVP-Logo?

Am 25. November kommt die Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» kurz Selbstbestimmungsinitiative vors Volk. Im Interview erklärt Magdalena Martullo-Blocher, warum die EMRK bei Annahme doch nicht gekündigt werden müsste.

Frau Martullo-Blocher, Sie sind nicht nur SVP-Nationalrätin, sondern auch Unternehmerin. Wie wichtig ist das Ausland für Ihre Ems-Chemie?

Sehr wichtig. 98 Prozent unseres Umsatzes erwirtschaften wir im Ausland. Die Hälfte produzieren wir in der Schweiz. Wir haben in 24 Ländern eigene Unternehmen.

Trotzdem kämpfen Sie an vorderster Front für die Selbstbestimmungsinitiative. Ist das kein Widerspruch?

Im Gegenteil. Gerade weil ich die Welt kenne, kenne ich die Vorteile der Schweiz.

Und dabei haben Sie festgestellt ... Die Schweiz hat eigentlich keine gute Ausgangslage für Wohlstand: Sie ist ein kleiner Markt, hat aufwändige Transportwege, keinen Meeranschluss und keine Rohstoffe. Und trotzdem sind wir im internationalen Vergleich an der Spitze mit Einkommen und Wirtschaftsleistung – und sehr innovativ. Das haben wir der direkten Demokratie zu verdanken. Das Volk hat immer wieder für viele Probleme einfache, unbürokratische Lösungen gefunden. Deshalb haben wir weniger Staat und die tiefsten Steuern und Abgaben. Nur deshalb können wir uns unsere hohen Löhne leisten.

Aber es gibt doch noch andere Faktoren, die zum Erfolg der

Schweiz beigetragen haben. Zum Beispiel Verhandlungsgeschick bei der internationalen Diplomatie.

Natürlich. Wir wollen uns doch nicht abschotten! Wir haben mehr Freihandelsabkommen als beispielsweise die EU. Gute Beziehungen zu anderen Staaten sind uns wichtig. Dem Volk auch: Es hat den grossen Verträgen zugestimmt.

Aber ein Ja zur Selbstbestimmungsinitiative wäre kein gutes Signal für solche Verhandlungen.

Das stimmt nicht. Kein anderes Land stellt das internationale Recht im Konflikt über das eigene, so wie es das Bundesgericht jetzt neu macht! Die Schweiz wird gerade wegen ihrer direkten Demokratie, der Rechtssicherheit und Beständigkeit von anderen Ländern sehr respektiert.

Die EU wäre über ein Ja am 25. November aber definitiv nicht erfreut.

Das mag sein. Das ist sie ja sowieso nicht. Die EU will, dass die Schweiz ihre Souveränität an sie abgibt. Zudem wollen sie unser Geld, indem wir etwa Kohäsionsmilliarden und EU-Programme mitbezahlen.

Sie haben vorher aus der Optik der Unternehmerin gesprochen. Wie kommt es denn, dass der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse sowie der Schweizer Gewerbeverband die Initiative ablehnen?

Leider sind diese Verbände heute sehr bürokratisch dominiert. Man folgt den Empfehlungen der Angestellten und hat nicht mehr den Mut, sich auch einmal querzustellen. Sie gehen den Weg des geringsten Widerstands, scheuen den Konflikt.

Das konnte man auch bei der Nicht-Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative beobachten: Erst lobten die Verbände die Meldepflicht und jetzt beschwerten sie sich über die Bürokratie. Wir erkannten das Bürokratiemonster schon von Beginn an.

Aber der Gewerbeverband besteht ja aus Unternehmern. Die müssten doch Ihrer Meinung sein.

Vielen Unternehmern ist leider gar nicht bewusst, dass über die Hälfte der 70'000 Seiten an Regulierung aus Bern aus internationalem Recht stammt.

Jetzt widersprechen Sie sich. Einerseits sagen Sie, die direkte Demokratie sei das Erfolgsrezept der Schweiz. Und gleichzeitig sagen Sie, dass die Unternehmer zu wenig wissen, um richtig abzustimmen.

Gerade kleine und mittlere Unternehmer müssen sich um ihr Geschäft kümmern und haben nicht viel Zeit für Politik. Die Bürger hingegen nehmen Abstimmungen sehr ernst. Sie sind von den Auswirkungen ja auch direkt betroffen.

Noch einmal zu Economiesuisse. Jan Atteslander, Mitglied der Geschäftsleitung, hatte im Fernsehen gesagt, die Initiative würde das Freihandelsabkommen mit China gefährden.

Das ist Blödsinn! Das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) hat schriftlich bestätigt, dass auch dieser Vertrag heute nicht gefährdet wäre, wie die anderen 600 Wirtschaftsverträge auch nicht. Aber wenn das Volk in Zukunft etwas anderes will, dann soll verhandelt oder nötigenfalls gekündigt werden!

Ein beliebtes Thema bei den Initiativgegnern ist die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Bundesrätin Sommaruga hat kürzlich in einem Interview gesagt, dass die Kündigungsfrage bei einer Annahme der Initiative durchaus aktuell werden könnte. Und zwar dann, wenn Urteile des Europäischen Gerichtshofs nicht umgesetzt würden.

Die EMRK steht in keinem Widerspruch zur Verfassung, sie muss bei einem Ja weder angepasst noch ge-

kündigt werden. Der Europäische Gerichtshof ist aber völlig entgleist und entscheidet plötzlich über Einreise- und Aufenthaltsrechte von hochkriminellen arbeitslosen Ausländern, über AHV- und IV-Ansprüche oder über Steuern. Hier widerspricht er zum Teil unserem Recht. Ein aktuelles Beispiel ist der Entschluss, dass die Schweiz Vereine mit dem Zweck, Häuser zu besetzen, zulassen muss. Vereine, um Leute zu ermorden, muss man wegen der Menschenrechte wohl auch noch zulassen?! In solchen Fällen soll un-

ser Recht vorgehen.

Die Selbstbestimmungsinitiative wurde von der SVP lanciert. Warum ist das Parteilogo eigentlich nicht auf den Plakaten zu sehen? Nicht gerade transparent.

Das Logo ist nicht drauf, weil es bei dieser Initiative nicht um SVP-Inhalte geht. Das Komitee hat auch Mitglieder anderer Parteien. Ob Sie links, rechts, Mitte oder grün abstimmen - wichtig ist, dass Ihre Stimme weiter zählt und auch wieder vor Gericht gilt!

red



SVP Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher wirbt für ein Ja zur Selbstbestimmungsinitiative: «Die EMRK steht in keinem Widerspruch zur Verfassung, sie muss bei einem Ja weder angepasst noch gekündigt werden.»

z.V.g.